Operation bei dreijährigem Mädchen

Aufklärung per Telefon: Ist das erlaubt?

Der Telefonhörer ist schnell in die Hand genommen. Doch hat das Telefonat juristisch gesehen das gleiche Gewicht wie ein Gespräch von Angesicht zu Angesicht? Im Hinblick auf die notwendige Aufklärung vor medizinischen Eingriffen brachte ein Urteil des BGH vor Kurzem eine Antwort auf diese Frage.

Mit einer Leistenhernie bei einem dreijährigen Mädchen fing der Fall an: Die Operation stand auf dem Plan – und damit die Aufklärung der Eltern. Während der Operateur das Aufklärungsgespräch mit der Mutter in seiner Praxis führte, wählte der Anästhesist zwei Tage später das Telefonat mit dem Vater für die Darstellung der anästhesiologischen Risiken. Beide Ärzte ließen sich noch vor der Operation sowohl vom Vater als auch von der Mutter die Aufklärungsbögen unterschreiben, stellen Dr. Tonja Gaibler und Kollegen den Fall in „Der Anaesthesist“ weiter dar.

Während der Operation nahm das Unglück seinen Lauf: Es kam zu atemwegsbezogenen Komplikationen, in deren Folge das Mädchen eine schwere zentralmotorische Störung erlitt. Die Eltern zogen vor Gericht und verklagten die Ärzte auf Schadensersatz und Schmerzensgeld, weil es an einer ordnungsgemäßen Aufklärung jeweils beider Elternteile gemangelt hätte. Schließlich war das Gespräch nur mit einem Elternteil geführt worden, im Falle des Anästhesisten sogar nur per Telefon.

Vater und Mutter – oder reicht einer?

Doch der BGH sah die Sache anders. Einwilligen müssten zwar beide Elternteile der Minderjährigen, so die Richter. Doch bei einer aus chirurgischer Sicht relativ einfachen Leistenhernienopera-

tion reiche dazu die Aufklärung nur eines Elternteils. Damit urteilte das Gericht entsprechend seiner „Drei-Stufen-Theorie“, erklärt Gaibler:

- Bei Routinefällen darf sich der Arzt ungefragt auf die Ermächtigung des erschienen Elternteils zum Handeln für den anderen verlassen.
- Bei Eingriffen schwerer Art mit nicht unbedeutenden Risiken muss der Arzt beim erschienenen Elternteil nachfragen, ob und wie weit dieser vom anderen ermächtigt ist.
- Bei schwierigen und weitreichenden Eingriffen mit erheblichen Risiken hat sich der Arzt Gewissheit zu verschaffen, dass der nicht erschienene Elternteil mit der Behandlung des Kindes einverstanden ist.

Telefonat erlaubt – aber nur im Routinefall

Doch war das Aufklärungsgespräch des Anästhesisten per Telefon überhaupt rechtens? Das Gericht bejahte diese Frage: In einfach gelagerten Fällen wie dem hier vorgestellten genüge ein Telefonat – zumal das Gespräch 15 Minuten dauerte und vom Vater selbst als angenehm und vertrauensvoll bezeichnet worden war. Als Pluspunkt für den Anästhesisten werteten die Richter zudem, dass dieser auf der Anwesenheit beider Elternteile vor der Operation bestanden hatte. Mutter und Vater hätten so beide nochmals Fragen stellen und den Anästhesiebogen

unter-
schreiben
können.

Gaibler betont allerdings, dass das Urteil des BGH keine „Blankovollmacht“ in Sachen telefonischer Aufklärung ist: Diese beschränkt sich ausdrücklich auf „einfach gelagerte Fälle“. Wünscht ein Patient das direkte Gespräch, scheidet das Telefonat von vornherein aus.

Einverständnis dokumentieren!

Außerdem ist vor jedem telefonischen Aufklärungsgespräch gute Vorbereitung gefragt. Der Patient bzw. Vater oder Mutter sollten vorab das entsprechende Formular und einen Termin für das Telefonat erhalten. Damit lässt sich Einwänden, das Gespräch habe unter Zeitdruck stattgefunden, die Grundlage entziehen.

Und nicht zuletzt gilt – wie so häufig – auch im Falle des telefonischen Aufklärungsgesprächs: Droht ein Prozess, kann sich glücklich schätzen, wer eine sorgfältige Dokumentation des Telefonats vorweisen kann. Dazu gehören laut Gaibler nicht nur die Inhalte und der Termin des Telefonats, sondern unbedingt auch das Einverständnis des Patienten mit der telefonischen Aufklärung.

(Birte Seiffert)

Urteil des BGH vom 15.06.2010, Az. VI ZR 204/09; Anaesthesist 2010 (online first)

© Erik R. / panthermedia.net